

Die Knackpunkte zwischen dem möglichen künftigen Präsidenten Frankreichs, dem Sozialisten Francois Hollande, und Angela Merkel, kommen auch konservativen Staatsmännern in der Euro-Zone gelegen.

Folgt „Merkollande“ auf „Merkozy“?

Geht es nach Persönlichkeitsmerkmalen, passen der Umfragefavorit der französischen Präsidentenwahl, Francois Hollande, und Angela Merkel bestens zusammen. Jedenfalls besser als Nicolas Sarkozy und Merkel, die zwar politisch eine Doppelkonferenz hinlegten, sich aber nicht ausstehen können.

So beschwerte sich die bedächtige deutsche Pastorentochter über die Alleingänge des quirligen Pariser Selbstdarstellers. Dieser lästerte wiederum über die Schwerfälligkeit von Merkel, und ließ sich, vor Vertrauten, nach einem Diner, sogar zu einer Verhöhnung des Äußeren der Kanzlerin hinreißen: „Wenn man abnehmen muss, isst man nicht soviel Käse“.

Nichts dergleichen hat Merkel vom höflichen und zurückhaltenden Hollande zu befürchten, der übrigens selber mit Gewichtsproblemen kämpft. Auch das beide aus unterschiedlichen Politlagern kommen ist grundsätzlich kein Hindernis für Harmonie. Beim franko-deutschen Staatspitzen-Duo bewährten sich in der Vergangenheit politische Mischehen halbwegs bis vollkommen: zwischen Georges Pompidou (bürgerlich) und Willy Brandt (SPD), zwischen Valerie Giscard d'Estaing (bürgerlich) und Helmut Schmidt (SPD), zwischen Francois Mitterrand (SPF) und Helmut Kohl (CDU), zwischen Jacques Chirac (bürgerlich) und Gerhard Schröder (SPD).

Vorerst freilich stehen die Zeichen auf Konfrontation: Für den Fall seines Sieges verspricht Hollande „eine harte aber freundliche Diskussion mit Madame Merkel“, der er seinen ersten Auslandsbesuch vorbehält. Zumindest bis zum französischen Wahltermin am 6.Mai gilt: „Frankreich wird den Fiskalpakt in seiner derzeitigen Form nicht unterzeichnen und die Steuerbremse ablehnen“. Der Sozialist fordert ergänzende „Wachstumsmaßnahmen“, darunter Eurobonds zur Finanzierung gemeinsamer Infrastrukturprojekte. Dahinter wittern Regierungskreise in Berlin bürokratische Monsterprojekte und eine Begünstigung französischer Bauriesen.

Allerdings sind derartige Projekte in der EU-Kommission bereits auf dem Verhandlungstisch. Vor allem aber hat der Präsident der Europäischen

Zentralbank, Mario Draghi, ebenfalls für einen ergänzenden „Wachstumspakt“ plädiert. Merkel will darin keinen Widerspruch zu ihrem eigenen Kurs sehen, betont allerdings die „Notwendigkeit von Strukturreformen“ um Wachstum zu erzeugen.

Tatsächlich ist in der Euro-Zone, in Erwartung des französischen Wahlergebnis, ein Tauziehen im Gang, in dem sich drei Lager abzeichnen: Merkel will den im Fiskalpakt unangetastet beibehalten und keine Verzögerung beim Defizitabbau der hoch verschuldeten Länder. Aber diese Staaten, namentlich Italien und Spanien, sind inzwischen von Merkels Position abgerückt, weil sie befürchten, dass eine extreme Sparpolitik die Rezession weiter verschärft und den Defizitabbau erst recht verunmöglicht. Deren bürgerliche Staatsmänner setzen zwar auf Liberalisierung des Arbeitsmarkts und Privatisierungen, was sie von Hollande unterscheidet, hoffen aber, dass eine Amtsübernahme des Sozialisten in Paris, Merkel zwingt, eine spaltbreiten zeitlichen Lockerung beim Schuldenabbau zu akzeptieren. Das ist auch das eigentliche Ziel von Hollande, der das Nulldefizit für 2017 anpeilt, während Sarkozy an 2016 festhält.

DANNY LEDER, PARIS